



Regionalratsfraktion Düsseldorf

02.04.2007

Pressemitteilung

Geschäftszimmer 379
Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf
Tel.: 0211/475-2906
Fax: 0211/475-2964
gruene.regionalrat@brd.nrw.de

Regionalrat stiehlt sich aus der Verantwortung Entscheidung über Kraftwerksbau soll kommunalisiert werden

Am vergangenen Donnerstag entschied der Regionalrat bei der Bezirksregierung Düsseldorf über die Änderung des Gebietsentwicklungsplanes (GEP) bezogen auf die Energieversorgung. Zukünftig sollen alle Gewerbe- und Industriegebiete für die Errichtung von Groß-Kraftwerken geöffnet werden. Bisher war dies nur an besonders gekennzeichneten Standorten möglich. Hierzu Claudia Leiße, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Regionalrat:

„Damit gibt der Regionalrat ein wichtiges Instrument zur Koordinierung der Energieversorgung im Regierungsbezirk aus der Hand. Gerade vor dem Hintergrund der derzeit laufenden Debatte um Klimawandel und Energieeinsparung ist dies unverständlich. Während die Bundesregierung die Bürger und Bürgerinnen auffordert, ihre Glühlampen durch Energiesparleuchten auszutauschen und sich ausstoßärmere Autos zu kaufen, überträgt man den Kommunen und Groß-Investoren die Entscheidung zum Bau von Kraftwerken mit überregionaler Bedeutung.“

Auf lokaler Ebene soll nun baurechtlich und immissionsschutzrechtlich geprüft werden, ob sich ein Standort eignet oder nicht. Aus Sicht der GRÜNEN Fraktion sind beide Prüfverfahren nicht geeignet, die Manifestierung einer veralteten Technologie von Steinkohlekraftwerken zu verhindern. Denn an Industriestandorten ist meist die Hintergrundbelastung schon so hoch, dass weitere Emissionen kaum Relevanz erreichen.

So kritisiert Claudia Leiße: **„Anstatt ein landesweites Konzept zur zukunftsfähigen Energieversorgung aufzulegen, drückt man sich vor der Verantwortung und schiebt den 'Schwarzen Peter' den Kommunen zu. Es muss befürchtet werden, dass sie allzu bereitwillig dem Ansinnen der Energieversorger folgen werden, wenn diese mit neuen Arbeitsplätzen winken. Und die Belastungen für die Bevölkerung werden solidarisiert.“**

Der 1999 verabschiedete GEP war hinsichtlich der Formulierungen zur Energieversorgung mit seinen Vorgaben zur Nutzung der Kraftwärmekopplung schon ausgesprochen fortschrittlich. Anstatt weiter zukunftsfähig zu denken und den GEP auch um Vorgaben zur Nutzung erneuerbarer Energien zu erweitern, fällt der Regionalrat nun mit den neuen Vorschlägen zur Öffnung der Gewerbegebiete weit hinter den bisher geltenden Standard zurück.

„Welche Folgen diese Änderung des GEP haben wird, ist nicht abschätzbar. Eins ist aber aus unserer Sicht sicher: Wenn dies in unserem Land Schule macht, dann vergibt Nordrhein-Westfalen die Chance, sich durch die Anwendung und den Export fortschrittlicher Energietechnik zu profilieren“, so Leiße abschließend.

Für Rückfragen: Claudia Leiße 0178/2890594